



GESCHLOSSENHEIT!

Landesvorstand beschließt einstimmig die Kandidatenliste für den Hauptpersonalrat der Polizei bei den Personalratswahlen 2012



Jörg Bruchmüller.

Anfang Dezember war der Landesvorstand der GdP in Marburg/Lahn zusammengekommen, um über die Aufstellung der Kandidatenlisten im Hauptpersonalrat zu beraten und zu beschließen. Traditionell kein leichtes Unterfangen, denn das Gremium Hauptpersonalrat verfügt nur über eine eng begrenzte Anzahl von Sitzen für den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie der Tarifbeschäftigten. Daher war es naheliegend, möglichst alle regionalen Bereiche der hessischen Polizei auf dieser Liste abzubilden und entsprechend unserem Anspruch „EINE FÜR ALLE“ auch möglichst alle Organisationsbereiche zu berücksichtigen. Dieser Anspruch allein ist aber bei Weitem noch nicht ausreichend, denn es bedarf auch engagierter Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Belange aller Polizeibeschäftigten einsetzen wollen und den Behördenvertretern, wann immer notwendig, Paroli bieten können. Das gilt umso mehr, als das hessische Personalvertretungsrecht vom Gesetzgeber in den letzten Jahren zweimal zum Nachteil der Beschäftigteninteressen verändert wurde und im Bund-Länder-Vergleich das mit Abstand schlechteste Personalbetreuungsverhältnis abbildet.

Wochen zuvor wurden bei den Bezirksdelegiertentagen die Kandidatinnen und Kandidaten für den örtlichen Personalrat und den Hauptpersonalrat gewählt, die nunmehr in der Jahresabschlussitzung des Landesvorstandes zusammgeführt werden mussten. Mit dem neuen Hauptpersonalratsvorsitzenden Jens Mohrherr hat die GdP für die kommende Personalratswahl einen Spitzenkandidaten gekürt, der die Lehrjahre bei seinem Vorgänger Henning Möller hervorragend genutzt hat, dieses herausragende Amt innerhalb der hessischen Polizei souverän auszufüllen. Insofern ist die notwendige Kontinuität der Vertretung im Hauptpersonalrat gewährleistet, um mit hoher Fachkompetenz, Verhandlungsgeschick und Überzeugungskraft auch künftig die Interessen aller Beschäftigten wahrzunehmen.

Das ist auch dringend notwendig, denn im Zuge der Mitbestimmung und Mitwirkung bei umfänglichen Personalangelegenheiten und Wahrnehmung von Initiativrechten für die Beschäftigten sind die Herausforderungen immens. Zentrale

Themen sind neben der Einsatzbelastung, mangelnder Vereinbarung von Familie und Beruf, einer nervenaufreibenden Arbeitszeitregelung, Auslandseinsätzen in Krisen- und Kriegsgebieten und neuer Versetzungsregularien insbesondere der zweite Teil des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes mit den Bereichen Besoldung und Laufbahnrecht.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben werden die GdP-Vertreter in den örtlichen Personalräten und im Hauptpersonalrat in bewährter Manier kritisch und kompetent ihrer gesetzlichen Aufgabenstellung gerecht. Dabei dürfen Personalrat und Gewerkschaft nicht nebeneinander gedacht werden. Ohne eine starke GdP ist der Personalrat kein wirkungsvolles Instrument. Dies gilt auch im umgekehrten Sinne.

Kontraproduktiv wären in diesem Zusammenhang Unternehmungen, die stark entsolidarisierend auf lokale Einzelinteressen oder Einzelgruppierungen abstellen. Dem Motto des „Teile und Herrsche“ entsprechend, wäre es fatal, wenn man auf einem solch schlechten

Weg an Durchsetzungsvermögen einbüßen und zum Spielball degenerieren würde. Auch die Föderalismusreform hat gezeigt, dass Tendenzen zu einer Kleinstaaterei große Energiressourcen verbrauchen und eher ein unproduktives Nebeneinander hinterlassen. Belege hierfür sind die Beamtenreform und eine unheilvolle Entwicklung im Bereich des Verfassungsschutzes.

Auch deswegen muss man Partikularinteressen und Splitterbewegungen eine klare Absage erteilen. Was wir brauchen, ist Geschlossenheit. Die Mitglieder des Landesvorstandes der hessischen GdP sind sich ihrer großen Verantwortung bewusst geworden. Die GdP ist für die bevorstehenden Personalratswahlen im Mai 2012 gewappnet. Es gilt mehr denn je: **Stärke braucht Stimme.**

Jörg Bruchmüller



Viel politische Prominenz bei der 60-Jahr-Feier im Frankfurter Römer

Nimmt man die Namensliste der politischen und gesellschaftlichen Prominenz, die zum 60-jährigen Bestehen der hessischen GdP in den Kaisersaal des Frankfurter Römers gekommen war, dann würde das alleine eine Artikelseite füllen. So beschränken wir uns auf einige Namen. Frankfurts Stadtkämmerer Uwe Becker, der als Hausherr die Begrüßung vornahm, nannte Staatssekretär Werner Koch als Vertreter der Landesregierung, einige Landtagsabgeordnete und Politiker aus der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat. GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller listete die Namen von Polizeipräsidenten auf, die gekommen waren, von Polizeidirektoren, dem Inspekteur der hessischen Polizei, dem Vertreter der Partnerorganisation Signal-Iduna, der PSG Hessen, der PSHH Hessen, dem Verlag Deutsche Polizeiliteratur, den Vertragsanwälten der GdP, Vertreter des DGB mit dem Vorsitzenden Stefan Körzell an der Spitze, Vertretern anderer Gewerkschaften, verschiedene Landesvorsitzende der GdP, Frank Richter als stellvertretender Bundesvorsitzender und seine Amtsvorgänger. Herzlich begrüßt wurde auch das Bolongaro-Sextett, das mit mehreren Liedern den feierlichen Rahmen musikalisch untermalte.

Frankfurts Nähe zur Polizei

Stadtkämmerer Uwe Becker unterstrich in seiner Begrüßungsrede die Nähe der Stadt Frankfurt zu „ihrer“ Polizei. Die Sicherheit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und die Sicherheit auf Straßen und Plätzen werde von der Polizei gewährleistet, werde von den Bürgern aber als allzu selbstverständlich hingenommen. Die Polizei sichere auch das Leben von Menschen in anderen Staaten. Dank der guten Arbeit der GdP habe sie dazu gute Rahmenbedingungen. Frankfurt sei dankbar für diese Leistungen und stehe hinter der Polizei. Die müsse sich oft gegen ungerechtfertigte Angriffe wehren. Die GdP helfe aber als Anwalt der Interessen der Beschäftigten. Frankfurt wünsche sich auch weiterhin eine gute Partnerschaft mit seiner Polizei. Uwe Becker zählte einige Erfolge auf, für die die GdP in den vergangenen Jahr-



Zu einem Erinnerungsfoto stellten sich die Gründungsmitglieder der hessischen GdP zusammen mit Jörg Bruchmüller (hinten links), Dr. Herbert Günter, Sandra Temmen und Frank Richter (rechte Seite).

zehnten gesorgt habe. Seit 1950 habe sie viel aufgebaut, sei Spitzenorganisation und Mitglied im DGB. Dass es heute eine leistungsfähige und engagierte Polizei gebe, sei mit der Verdienst der Gewerkschaft der Polizei. 60 Jahre GdP sei keine Zeit für Ruhestand. Die Sicherstellung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehöre auch weiterhin zu ihren Aufgaben.

Unterschiedliche Auffassungen

Staatssekretär Werner Koch vom Innenministerium vertrat die Auffassung, dass es unterschiedliche Auffassungen gebe, dass man aber auch Einigkeit erzielen habe. Er verteidigte die Organisationsreform als „nicht nur schlecht“. Der Aufbruch in die Zukunft erfordere auch einen Blick zurück. Es habe viele gemeinsame gute Ergebnisse gegeben. Hinter dem Jubiläum stünden viele Menschen, die sich für die Beschäftigten eingesetzt hätten. So sei die GdP zur größten Polizeigewerkschaft geworden. Trotz aller Streitigkeiten habe man sich immer wieder zusammengefunden. Eine Gewerkschaft sei in einer Demokratie wichtig. Die GdP habe dabei ein besonderes Gewicht. Sie habe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Die Gründung der GdP war ein wichtiger Beitrag zur Demokratie in unserem Land“, lobte er die Gewerkschaft. Das Land sei angewiesen auf eine gut aufgestellte Polizei. „Daran arbeiten wir gemeinsam“, zeigte sich Koch

zuversichtlich. Die GdP habe für Anerkennung in der Bevölkerung gesorgt. Durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit habe sich die Polizei zum Guten entwickelt. Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn mit Hochschulstudium habe viel Geld gekostet. Sie sei aber notwendig gewesen, da die gestellten Aufgaben eine bessere Ausbildung erforderten. Die Landesregierung arbeite an den gestellten Forderungen der GdP. Es müsse aber auch ausgerechnet werden, was sie kosteten. Man müsse an die Zukunft denken. Wenn man einem die Decke wegziehe, friere der und ziehe zurück. Es gelte, Kompromisse zu finden. Die Stärkung der inneren Sicherheit sei eine große Aufgabe für die Regierung. Neue Erkenntnisse und neue Erfahrungen sorgten für weitere Entwicklungen der Polizei. Die Kriminalität müsse bekämpft werden. Man müsse sehen, wie viele Beschäftigte man für die Zukunft benötige. Bis jetzt habe man ausgerechnet, dass der Bedarf geringer sei, als bisher angenommen. Es werde eine bessere IT-Ausrüstung, eine bessere Schutzausrüstung und eine bessere Bewaffnung geben. Die Polizei genieße ein hohes Vertrauen, was an ihrer Professionalität liege. Staatssekretär Koch bedankte sich bei allen Polizeibeschäftigten. Sie seien Tag und Nacht im Dienst, leisteten gute Arbeit, was nicht immer leicht falle. Für die Zukunft wünschte er sich mehr Offenheit im Umgang miteinander. „Wir kümmern uns gemeinsam um die Beschäftigten“, zeigte er



20 000 Polizisten sichern Castortransport

Mit einem hohen logistischen Aufwand und professioneller Einsatzplanung meisterte das Land Niedersachsen den vermutlich letzten Castoreinsatz ins Zwischenlager nach Gorleben. Die Dauer, die der Zug mit den Castorbehältern und nach dem Umladen auf die Spezial-Lastkraftwagen in Dannenberg mit den letzten 20 km auf der Bundesstraße bis ins Zwischenlager, betrug 126 Stunden.

Dem Steuerzahler wird der Einsatz vermutlich 32 Millionen Euro kosten. Zur Absicherung des Transportes waren rund 20000 Polizeivollzugsbeamten/-beamtinnen und zahlreiche Tarifbeschäftigte eingesetzt. Viele mehr als eine Woche und teilweise länger.



Die Beamtinnen und Beamten der hessischen Bereitschaftspolizei bei der Begrüßung und der Einweisung.

Ziel der Verantwortlichen

Ziel der Verantwortlichen war es u. a., die von den Personalräten und den Gewerkschaften aufgezeigten Defizite beim vorherigen Castortransport im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Entsorgung sowie den unzumutbaren überlangen Einsatzzeiten von teilweise über 32 Stunden mit klugen Konzepten beim anstehenden 13. Transport zu vermeiden.

Polizeiliche Bilanz

Die polizeiliche Bilanz nach dem 13. Castortransport meldete 51 Verletzte, mehrere davon dienstunfähig. Bei den hessischen Kräften wurden vier verletzt, zwei Kollegen wurden krank. Insgesamt gab es 16 beschädigte Polizeifahrzeuge. Es gab mehr als 1500 Festnahmen bei der ersten zu räumenden Sitzblockade mit 3000 AKW-Gegnern.

Der niedersächsische Ministerpräsident McAllistor dankte auch den vielen friedlichen Demonstranten und verurteilte gleichzeitig die gewalttätigen Aktionen einiger hundert Randalierer. Insbesondere die Gewalt gegen die eingesetzten Polizeibeamte/-innen und deren Fahrzeuge mittels Wurfgeschossen, Steinen, Golfbällen mit Nägeln, Pyrotechnik, Reizgas und Molotowcocktails sind aufs Strengste zu verurteilen.

AKW-Bilanz aus Sicht der Aktivisten

Die AKW-Bilanz aus der Sicht der Aktivisten war gut, dass es ihnen gelungen war, den letzten Castortransport am längsten aufgehalten zu haben und damit

ein deutliches Zeichen gegen die Zwischen- bzw. Endlagerung des Atom Mülls in Gorleben gesetzt zu haben.

Die letzte von Greenpeace veröffentlichte Strahlenmessung betrug 4 bis 5 mSv/h. Das sei identisch mit einer aktuellen Messung in Fukushima-Stadt.

Einsatz der hessischen Polizei

Die Einsatz- und BF-Einheiten der hessischen Bereitschaftspolizei waren komplett unter der Führung von Lothar Balder, Abteilungsleiter der III. BPA, und seiner Führungsgruppe, die zusammen mit zwei Hundertschaften der III. BPA am 23. November als erste im Containerdorf in der Theodor-Körner-Bundeswehrkaserne bei Lüneburg eingetroffen sind. Der Versorgungstrupp war bereits Montag vor Ort. Das Einsatzgebiet lag 40 Minuten entfernt. Elf hessische Reiter wurden auf einem Bauernhof bei Wietzette stationiert. Eine weitere BF-Hundertschaft mit drei BFE und eine Hundertschaft mit drei Zügen und einem Sankw wurden zuerst bei der „Hessendurchfahrt“ des Castortransportes eingesetzt. Anschließend verlegten diese in die Richthofenkaserne in Dedelstorf, südlich von Uelzen. Von dort hatten sie rund 90 Minuten Fahrzeit ins Einsatzgebiet.

Forderungen und Bilanz der Interessenvertretung

Der Personalrat der HBP fragte bereits im Oktober bei LPP nach, wie die Einsatzstunden beim Castoreinsatz vergütet werden, wie Erholungs- und

GdP HESSEN

Fortsetzung von Seite 2

den Weg auf. Er zeigte Interesse an einer guten Zusammenarbeit. Die Vertretung der Beschäftigten müsse mit Augenmaß erfolgen und mit dem Ziel, ihre Arbeit zu verbessern.

Ehrung von Gründungsmitgliedern

Im Anschluss an den Festakt lud die GdP zur Feierstunde in die Römerhallen ein. Dabei gab es nicht nur das hessische „Stöffche“ zu trinken, sondern auch ein „Hessisches Büfett“. Darüber hinaus wurden zahlreiche Gründungsmitglieder mit Urkunden und kleinen Geschenken geehrt. Jörg Bruchmüller, Frank Richter und Sandra Temmen nahmen die Auszeichnungen vor. Unterstützt wurden sie dabei von Ruth Brunner und Gisela Deckert. Geehrt wurden: **Edgar Hellmich, Fritz Spruck, Heinz Becker, Horst Kreppele, Fritz Kobold, Joachim Jakob, Josef Schmatloch, Horst Mitschke, Gerhard Kastl, Winfried Winter, Wilfried Herget, Friedrich Vetter, Dieter Bolte, Gerhard Träxler, Gerhard Ratmann, Karl Gossmann, Heinz Pult, Josef Becker und Friedrich Becker.** Jörg Bruchmüller bedankte sich bei allen für die über so viele Jahre gezeigte Treue zur GdP.

Norbert Weinbach

Fortsetzung auf Seite 4



CASTORTRANSPORT 2011



PD Lothar Balder (Bildmitte) bei einer Besprechung in der Ausgabestelle.



Speisesaal in der Theodor-Körner-Kaserne.

Fortsetzung von Seite 3

Regenerationsphasen während des Einsatzes vorgesehen sind. Auch die Frage nach den Dienstfreizeiten nach dem Einsatz sind gestellt worden. Nach Rücksprache mit dem LPP Niedersachsen sind die Zeiten zwischen den Einsätzen Bereitschaftsdienst, was für die hessischen Kräfte eine 1:1-Vergütung für die gesamte Einsatzdauer bedeutet. Nach Rückkehr sollte es drei freie Tage geben. Die Vorplanungen der Einsatzstärke sollten im Zwei-Schichten-System nicht über zwölf Stunden hinausgehen, inklusive der An- und Rückfahrt. Das konnte dann in der brisanten Einsatzphase nicht gehalten werden. Im Schnitt lag die Einsatzzeit bei 18 und die Ruhephasen bei vier Stunden.

In Zusammenarbeit mit dem Personalrat hatte die GdP-Bezirksgruppe einen

mehrseitigen Fragenkatalog zu den vorgenannten Sachfragen und zur Unterbringung, Versorgung, Entsorgung, Ausrüstung, gesundheitlichen Gefahren und zur Dienstbelastung formuliert und an die Politik gesandt, die daraus 26 detaillierte Fragen (Berichts Antrag – Drucksache 18/4711) an den Innenausschuss stellte. Die Antworten stehen noch aus. Die Container waren acht Quadratmeter groß und für drei Beamte vorgesehen. Zu den Toiletten-, Wasch- und Duschcontainern mussten die Kolleginnen und Kollegen über den Hof laufen. Auch die freie Beweglichkeit war in diesen Sanitäräumen eingeengt. Für die Entsorgung hatte man eine „Entsorgungspyramide“ für den Einsatzraum entwickelt. Hunderte von Dixi-Toiletten sollten nach Bedarf und Einsatz-Notlage per Hubschrauber luftverlastet werden. Als absolute Notlösung verteilte man persönlich an die Kol-

leginnen eine „Frauenausstattung“, die in ihrer Anwendung sehr kritisch zu bewerten ist und vielfach wegen Unzumutbarkeit abgelehnt wurde. Abschließend ist zu kritisieren, dass die versprochenen drei freien Tage nach dem Castoreinsatz vom HMdI und LPP nicht eingehalten wurden. Für die Fußball-Brisanzspiele in Offenbach und Frankfurt sowie den Demonstrationen in Frankfurt und Wiesbaden wurden alle hessischen Castorkräfte benötigt. Das freie Wochenende hatte man ja schon vorher wegen der bevorstehenden Innenministerkonferenz (IMK) in Wiesbaden gestrichen. Die personalrätliche Remonstration beim Landespolizeipräsidenten blieb dann auch erfolglos, weil es der besondere Wunsch von Innenminister Boris Rhein war, vor der IMK ein deutliches Zeichen der Polizei gegen die Gewalt beim Fußball zu setzen.

Detlef Otto, BZG BEPO

FRAUENPOLITIK

Tagung des Landesfrauenvorstandes

Der Landesfrauenvorstand der GdP traf sich im September zu seiner diesjährigen Klausurtagung in Willingshausen-Zella.

Jörg Bruchmüller stellte uns den gewerkschaftlichen Situationsbericht der GdP Bund vor. Hauptthema zzt. im Bund ist das „Alkoholverbot in Stadien und öffentlichen Verkehrsmitteln“. Diese Thematik wird von der GdP begleitet und unterstützt. Postkartenaktion, Übertragung der Tarifergebnisse, Dienstrechtsmodernisierungsgesetz II waren nur einige der Themen, die heftig diskutiert wurden.

Aus dem Bundesfrauenvorstand haben wir mit Bedauern gehört, dass unsere Anja Weusthoff von der GdP-Bundesgeschäftsstelle zum DGB als Abteilungsleiterin für Frauenpolitik und Gleichstellung gewech-



Der Landesfrauenvorstand.

selt hat. Allerdings hört man aus Berlin, Ingrid Sehrbruck vom DGB habe ein Dauerlächeln im Gesicht – woran das liegt, ist

bei der GdP wohl jedem klar. Auf unserer Tagung wurden noch einmal die unterschiedlichen Organisationsstrukturen des DGB erläutert. Region, Land und Bezirk sind hier unterschiedlich aufgeteilt. Das anstehende 60-jährige Jubiläum des GdP-Landesbezirks Hessen und die damit verbundenen Aktionen wurde uns von einem Mitglied des Festausschusses ausführlich erläutert. Die Vorbereitungen auf die Personalratswahlen im Mai 2012 wurden ebenfalls eingehend erörtert. Veranstaltungs- bzw. Seminarideen wurden vorgeschlagen. Die Punkte AG Vereinbarkeit Familie und Beruf sowie Ratgeber für werdende Eltern wurden diskutiert. Zum Abschluss unserer Tagung wurden die Finanzen durchgesprochen und die Termine bis zum Jahresende abgestimmt.

Elke Oswald



ÄNDERUNG DER BEIHILFEVERORDNUNG

Dritter Änderungsentwurf wird vermutlich Anfang 2012 vorgelegt

Auch der zweite Entwurf zur Änderung der hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO) ist gescheitert. Innenminister Boris Rhein (CDU) hat am 29. November der Landespersonalkommission (Ausschuss „Recht des Öffentlichen Dienstes“) vorgeschlagen, die bestehende Beihilfeverordnung bis zum 30. Juni 2012 zu verlängern. Damit will er sich ausreichend Zeit verschaffen, um einen tragfähigen Entwurf vorlegen zu können.



Gut besucht war die GdP-Veranstaltung im Wilhelm-Kempf-Haus in Wiesbaden-Naurod.

GdP-Podiumsdiskussion

Auf der Podiumsdiskussion der hessischen GdP am 28. November in Wiesbaden-Naurod zur beabsichtigten Änderung des Beihilferechts mit den Landtagsabgeordneten Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Heinz (CDU) und Günther Rudolph (SPD) haben wir erfahren, dass alle bisher vorgelegten Änderungsentwürfe inhaltlich gescheitert sind.



Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten v. l.: Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Heinz (CDU), Günther Rudolph (SPD) und Ewald Gerk (GdP-Landesvorstand).

Wie geht's weiter

Die GdP wertet die zeitliche Verschiebung lediglich als einen Aufschub der inhaltlichen Diskussion. Wir müssen jedoch damit rechnen, dass gleich zu Beginn des Jahres 2012 ein neuer Entwurf vorgelegt werden wird. Hinweise auf die inhaltlichen Änderungen liegen uns derzeit noch nicht vor. Gleichwohl wird die Absicht bestehen bleiben, durch die Neufassung der Beihilfenverordnung Kosten im Landeshaushalt zu sparen. Beihilfeleistungen von rund 525 Mill. Euro pro Jahr sind dem Land Hessen zu hoch. Ursprünglich bestand die Absicht, durch die Änderungen jährlich etwa 17 Mill. Euro einzusparen. Die Schuldenbremse lässt grüßen.

GdP-Forderungen

Ziel muss es sein, eine den heutigen Anforderungen entsprechende HBeihVO zu schaffen, damit die Beamtinnen und Beamten langfristig und verlässlich ihre Krankenversicherungen anpassen können. Für den Polizeibereich heißt das auch, dass sich die gefahrensgefährlichen Tätigkeiten des Polizeiberufes und die damit einhergehenden besonderen Belastungen in einer modernen Beihilfenverordnung wiederfinden.

Bezüglich der auslaufenden Regelungen des „Sachleistungsprinzips“ müssen wir im Rahmen der wahrscheinlich ebenfalls 2012 anstehenden Diskussion um ein eigenes Hessisches Besoldungsgesetz die Forderung erheben, dass alle diejenigen Beamtinnen und Beamten, die freiwilliges Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind, hierfür einen Beitragszuschuss erhalten wie Arbeitnehmer auch. Dies wäre die langfristige und systematisch richtige Lösung.

Bei den Zuzahlungen fordern wir die Einfügung von Belastungsgrenzen in der neuen BeihilfeVO. Kinder und Jugendliche müssen generell von Zuzahlungen befreit sein; ebenso Zuzahlungsbefreiung auf Antrag des Beihilfeberechtigten, der aufgrund seiner Einkommensverhältnisse durch die Zuzahlungen übermäßig belastet würde. In einem Kalenderjahr sollten die Zuzahlungen zwei Prozent des Jahreseinkommens (bei chronisch Kranken ein Prozent) nicht übersteigen. Bei weiteren im

Haushalt lebenden beihilfeberechtigten Personen muss sich die Summe entsprechend verringern.

Innenminister Boris Rhein hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf seine Fahnen geschrieben. Auch bei der zu erwartenden Änderung der BeihilfeVO wird dies wohl wieder keine Rolle spielen. Wer es mit der Vereinbarkeit ernst meint, muss auch handeln. Aus Sicht der GdP ist deshalb für die Kinder (solange sie Kindergeldberechtigte sind) und die Mütter/Väter, die während dieser Zeit die Erziehungslast tragen, Freie Heilfürsorge zu gewähren. Das wäre ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Darüber hinaus stiehlt der Dienstherr sich auch noch aus der Fürsorgeverantwortung für die Polizistinnen und Polizisten. Wie die verschiedenen Studien zur „Gewalt gegen Polizeibeamte“ belegen, nimmt psychische und physische Gewalt im Einsatz gegen die Polizistinnen und Polizisten permanent zu. Nicht jede Gewaltanwendung führt gleich zu einem Dienstunfall. Sie bleiben aber buchstäblich in den „Klamotten“ stecken und führen nachhaltig zu gesundheitlichen Störungen.

Wir fordern den Innenminister auf, vor der Vorlage eines erneuten Änderungsentwurfs die Gewerkschaften inhaltlich zu beteiligen. Leistungsregelungen der Krankenfürsorge und -vorsorge können nicht in den Hinterzimmern der Ministerien krieelt werden.

Mit Krankheit dürfen keine Geschäfte gemacht werden – auch nicht durch die öffentlichen Arbeitgeber!

Ewald Gerk



Generationswechsel in der nordhessischen GdP-Spitze

Ende November hatte die Bezirksgruppe Nordhessen zum Delegiertentag nach Lohfelden eingeladen. Grund für den außerordentlichen Kongress war zum einen das Erfordernis, Listen für die Personalratswahlen 2012 zu beschließen und den Beschluss auf eine breite Grundlage zu betten, zum anderen die Tatsache, dass Volker Zeidler Ende Juni 2012 in den Ruhestand geht und ein Nachfolger für die Gewerkschaftsspitze der GdP gefunden werden musste.

Der Vorstand der GdP Nordhessen hatte sich schon in einer Klausur darauf verständigt, dass Stefan Rüppel von der Kreisgruppe Kassel, dienstlich in der OPE Kassel tätig, Nachfolger im Amt des Bezirksgruppenvorsitzenden werden sollte.

Norbert Birnbach eröffnete den Delegiertentag, ihm folgte der Hausherr, Bürgermeister Michael Reuter, mit einem Grußwort.

Bei seinem letzten Geschäftsbericht ging Volker Zeidler besonders auf die erforderliche Geschlossenheit und Solidarität in der GdP ein. Er dankte seinem Vorstand und den Mitarbeiterinnen im Personalratsbüro Simone Sauerländer und Irene Franiek. Jörg Bruchmüller behandelte die landes- und bundespo-



V. l.: Ausscheidender stellvertretender Vorsitzender Manfred Bergener, neuer Vorsitzender der BZG Nordhessen, Stefan Rüppel, ausscheidender Vorsitzender Volker Zeidler und ausscheidender Schriftführer Peter Müller.



Kommentare von Horst Kothe immer hochgeschätzt.

litischen Themen, die für unsere Gewerkschaft von Bedeutung sind. So ging er auf die Beihilfenovellierung, die Verschiebung der Tarifübertragung und die Personalpolitik in Hessen ein.

Bei den Wahlen wurde Stefan Rüppel mit einem außerordentlich guten Ergebnis in geheimer Wahl bei zwei Enthaltungen und somit einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Er formulierte in seinen Zielen die Stärkung des Informationsflusses, die Einbeziehung der jungen Mitglieder und ein Konzept zur Senkung des Altersdurchschnitts in Nordhessen.

Den Nachmittag gestaltete die nordhessische GdP mit einer Grundsatzrede des Bundesvorsitzenden Bernhard Witt-

haut, der erstmals Gast in der Bezirksgruppe war. Es war eine bemerkenswerte Rede, die sich mit gesellschaftlichen Themen wie beispielsweise dem demografischen Wandel, der wachsenden Altersarmut und dem Problem des Rechtsterrorismus befasste.



Gastredner Bernhard Witthaut.

Insgesamt wurden bei den Vorstandswahlen in Nordhessen neben dem Vorsitzenden auch Uwe Tenbusch (Korbach) zum stellvertretenden Vorsitzenden und Ralf Dörigmann, PAST Baunatal, zum Schriftführer gewählt.

Volker Zeidler, Kassel



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



Einsätze in und um Fußballstadien immer gefährlicher

Beim zurückliegenden Pokalspiel Ende Oktober in der DFB-Pokal-Hauptrunde zwischen dem Zweitligisten Eintracht Frankfurt und dem Bundesligisten 1. FC Kaiserslautern kam es erneut zu schweren Krawallen. Und es kam, wie es kommen musste: Viele eingesetzte Beamtinnen und Beamte wurden verletzt, einige davon sehr schwer. Auch zehn Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der Bereitschaftspolizei! Tags zuvor hatten beim Pokalspiel des amtierenden Meisters in Dortmund angereiste Chaoten aus Dresden ebenfalls für chaotische Zustände in der Dortmunder Innenstadt gesorgt. Im Nachgang überschlugen sich jetzt viele Politiker in der Presse mit Verlautbarungen, „gegen die Chaoten vorgehen zu wollen“. Warum erst jetzt? Muss immer erst „das Kind in den Brunnen fallen“, um diejenigen wachzurütteln, die in unserer Gesellschaft für die Gesetzgebung verantwortlich sind? Zugegeben, gesetzliche Regelungen sind nicht das Allheilmittel. Sie sind aber ein Anfang, um diejenigen, die den Staat schützen, nicht alleine zu lassen. Die GdP hatte bereits unter dem

Motto „Feindbilder ins Abseits“ Anfang dieses Jahres einen Fußballgipfel in Frankfurt am Main durchgeführt.

Gemeinsam hatten der Deutsche Fußball Bund, der Ligaverband und die GdP diesen Kongress ausgerichtet. 300 Teilnehmer aus Verbänden, Vereinen, der Polizei und Fanggruppierungen waren dabei anwesend. Die dort erarbeiteten Botschaften, unter anderem „so viel Sicherheit wie nötig, so wenige Einschränkungen wie möglich“, wurden am Pokalspieltag Ende Oktober wieder einmal „ad absurdum“ geführt.

Auch Boris Rhein meldete sich zu Wort: „Null-Toleranz gegenüber gewaltbereiten Fußballfans, ein anderes Credo kann es nicht mehr geben!“ „Bisher haben die Verantwortlichen der Frankfurter Ultras Gesprächsangebote von Seiten der

Polizei ignoriert. Stattdessen attackierten Ultras und Hooligans am vergangenen Mittwoch gezielt Polizeibeamte und verletzten diese zum Teil schwer. Die Gewalt der sogenannten Fußballfans hat jetzt eine Qualität erreicht, der wir entschieden entgegenwirken werden. Allein auf die Selbstreinigungskräfte der Fangruppen zu setzen reicht offenbar nicht aus, um die gewaltbereiten Ultras zum Einlenken zu bewegen. Ab sofort legt die Polizei eine härtere Gangart gegen gewaltbereite Problemfans ein“, so Innenminister Rhein weiter.



In den Fußballstadien ein gewohntes Bild: Polizeikräfte, die gegen gewalttätige Fußballfans vorgehen.

Wie soll die Polizei den Forderungen des Innenministers nachkommen? Wenn Gewalt von sogenannten Fans ausgeübt wird, haben die eingesetzten Polizeikräfte oft keine Chance! Ständig neue Erfindungen wie „China-Bölller“ führen dazu, dass unsere Kolleginnen und Kollegen dauerhaft geschädigt werden (Knalltraumen, Hörschädigungen). Wenn dann noch an Spieltagen der 2. und 3. Liga mehrere hessische Fußballvereine von Freitag bis Sonntag ihre Spieltage haben, sind Dauerbelastungen der Polizei nicht auszuschließen. So reisten Kräfte der Polizei im September freitags nach Wiesbaden (3. Liga), samstags nach Darmstadt (3. Liga), um dann schlussendlich sonntags in Frankfurt dort die letzte Problem-Partie in der 2. Liga noch „abzuarbeiten“. Wohlgermerkt, hier ist kein Erstligist da-

bei! Hinzu kommen Problemspiele in benachbarten Bundesländern, die ebenfalls im Rahmen von Unterstützungseinsätzen bewältigt werden müssen.

Forderungen der GdP lauten hier:

- Entzerrung der Spielpläne durch Rücksichtnahme auf feststehende und flexible Termine und Reaktion auf kurzfristig auftretende Situationen/Terminkollisionen – notfalls bis zur Spielabsage;
- Konsequente Durchsetzung der Sicherheitsvorschriften aus den Sicherheitsrichtlinien auch bei unteren Ligen (4 und 5);

- Stadionverbote müssen einheitlich gehandhabt werden – auch in klassentiefen Ligen. Stadionverbote sollten verstärkt zu Transportverboten der Deutschen Bahn führen;
- Ausbau der Fanbetreuung auch bei Vereinen in niedrigeren Ligen – auch mittels finanzieller Unterstützung des DFB (oder DFL – da Vereine der 1., 2. und auch 3. Liga Interesse daran haben müssen, dass Fußball kein negatives Image erhält);
- Vereine müssen animiert werden, entschiedener gegen Gewalttäter vorzugehen;

- Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste in unteren Ligen sicherstellen;
- Einwirken auf Politiker, dass genügend qualifiziertes Personal vorgehalten wird, um Einsatzgeschehen inklusive Fußballereinsätze sicherzustellen;
- Einwirken auf die Justizminister der Länder, ausreichend Personal bereitzustellen, um Problemspiele zu begleiten und eine schnelle Reaktion auf Straftaten (Haftbefehle) sicherzustellen;
- Das Nationale Konzept Sport und Sicherheit muss häufiger mit den polizeilichen Gefahrenprognosen abgeglichen werden.

Wir werden die Entwicklung in den Fußballstadien aufmerksam verfolgen!

Jens Mohrherr
Wiesbaden



KG Mudra lud zur Jahreshauptversammlung ein

Im September 2011 fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mudra statt.



Ehrungen v. l.: Egbert Host, Carsten Schmidt und KG-Vorsitzender Tino Müller.

Als Gäste begrüßte Tino Müller den stv. Abteilungsleiter Thomas Schmidl, den BZG-Vorsitzenden Detlef Otto sowie den Personalratsvorsitzenden Roland Kramer, die auf aktuelle Informationen und Sachstandsberichte zu den in der Versammlung behandelten Themen Auskunft geben konnten. Zunächst berichtete der Vorsitzende über die Aktivitäten der Kreisgruppe im zurückliegenden Jahr. Geprägt war die Mitgliederversammlung durch die Neuwahl des Kreisgruppenvorstands sowie der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten der I. BPA für die Listen der GdP zur Personalratswahl im Mai 2012.

Tino Müller wurde als Vorsitzender der Kreisgruppe Mudra wiedergewählt, ebenso die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Sandra Temmen und Ralf Heyer sowie der Kassierer Egbert Host. Für Tarifangelegenheiten sind künftig Martina Freimuth und Herbert Hennig zuständig. Die Vertrauensleute in den Einheiten wurden wie folgt gewählt: Markus Kachler, EE 11, Markus Schaaf, EE 12, Daniel

Demes, EE 13, Thomas Hesse, TEE 19, Klaus Otto, AFE 17.

Für ihre langjährige GdP-Mitgliedschaft wurden die nachfolgend genannten Kolleginnen und Kollegen geehrt: **Egbert Host, Carsten Schmidt, Zoran Spicek für 25 Jahre Mitgliedschaft und Gertrud Schuchmann, Hans Kennade, Kurt Meier für 50 Jahre Mitgliedschaft.**

Tino Müller, Vorsitzender

NEUE KG-VORSITZENDE



Die Kreisgruppe Ziegenhain hat Karl Thomas Justus zum neuen Vorsitzenden gewählt.



Rudi Nitschky wurde zum neuen Vorsitzenden der Kreisgruppe Homberg/Efze gewählt.

EHRUNGEN

25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

Heidemarie Zeihs
Bezirksgruppe Frankfurt am Main

40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

**Arthur Baum
Peter Benzin
Werner Böhm
Wilhelm Fachinger
Wilhelm Gonnermann
Gerd Heilmann
Roland Kress
Arias Francisco Martinez
Rudolf Mittag
Helmut Raatz**

**Michael Schütz
Bruno Stein
Ulrike Thummerer
Jürgen Witzel**
Bezirksgruppe Frankfurt am Main

50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

Franz-Josef Kleineidam, Robert Otto
Bezirksgruppe Frankfurt am Main

60-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

**Manfred Bender, Josef Lang,
Alfred Radtke, Hedwig Schöppner,
Ernst Weidel, Dietrich Wetzel**
Bezirksgruppe Frankfurt am Main

80-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

Johann Groß
Bezirksgruppe Frankfurt am Main

ES VERSTARBEN

Jürgen Biemer
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Axel Grünberg
Kreisgruppe Frankfurt
Margot Henkes
Kreisgruppe Bergstraße
Karl-Heinz Horn
Kreisgruppe Kassel

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

